

Was erwarten wir von Europa?

Von Nicolas Blain, Vorsitzender des UITP-Komitees „Europäische Union“



Die neue Juncker-Kommission: Da sich Städte zunehmend zu Wirtschaftsmotoren der EU entwickeln, dürfte die städtische Mobilität auf der Tagesordnung noch höher rücken.

Seit September 2014 findet man in der Europäischen Kommission und im Europäischen Parlament in Brüssel zahlreiche neue Gesichter. Städtischer Verkehr steht ganz im Einklang mit den strategischen Prioritäten der EU – nachhaltige Entwicklung, Bekämpfung des Klimawandels und sozialer Zusammenhalt – und ist auf der Agenda der EU-Institutionen immer weiter nach oben gerückt. Die UITP hofft, dass „die Neuen“ diese Dynamik aufrechterhalten können.

Der ÖPNV ist mittlerweile ein wichtiger Punkt auf der Agenda der Europäischen Kommission. Darauf hat die UITP seit Langem hingearbeitet. Angesichts der Tatsache, dass die Stadtgebiete in Europa sich in den kommenden Jahren zu den Zentren für Beschäftigung und Wirtschaftsentwicklung entwickeln werden, gewinnt der ÖPNV noch an Wichtigkeit. Zunächst wurde 2007 ein von EU-Kommissar Jacques Barrot verfasstes Grünbuch zum städtischen Nahverkehr veröffentlicht. EU-Kommissar Antonio Tajani erarbeitete 2009 einen Aktionsplan, und 2011 wurde die städtische Mobilität in das von EU-Kommissar Siim Kallas vorgelegte Weißbuch Verkehr aufgenommen.

Im vergangenen Juli stellte Jean-Claude Juncker den Europäischen Fonds für strategische Investitionen

(European Fund for Strategic Investment, EFSI) vor und empfahl weitere Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur von Industrie- und Stadtzentren. Dies wurde Ende 2014 von Violeta Bulc, EU-Kommissarin für Verkehr, bestätigt.

Tatsache ist, dass fast 75% der Europäer in Städten leben und 80% des europäischen BIP in Stadtgebieten erzielt wird. Daher ist es ganz selbstverständlich, dass die EU die städtische Mobilität stärker unterstützen sollte. Das Subsidiaritätsprinzip stellt jedoch sicher, dass die entsprechenden Entscheidungen und Vorschriften auf der jeweils zuständigen lokalen oder nationalen Ebene verabschiedet werden. Die UITP ist der Auffassung, dass Europa den Sektor unterstützen und gleichzeitig dieses Subsidiaritätsprinzip wahren kann.

Unterstützung des Sektors versus Subsidiarität

Aufgabe der Kommission ist, den Wettbewerbsrahmen festzulegen. Im Übrigen müssen wir dafür sorgen, dass der ÖPNV nicht durch zu „vertikal ausgerichtete“ Initiativen belastet wird.

Beispielsweise beinhaltet das vierte Eisenbahnpaket ein Konzept für ein integriertes Fahrscheinsystem auf europäischer Ebene. Grundsätzlich ist dies eine gute

Initiative, denn dadurch würden bestimmte Barrieren zwischen den Eisenbahnsystemen der jeweiligen EU-Mitgliedstaaten wegfallen. Allerdings müssten die lokalen Fahrscheinsysteme aus diesem Projekt ausgespart werden, da sonst die Gefahr besteht, dass wir in Bezug auf angestrebte Kosten und Vereinfachung genau das Gegenteil bewirken.

Gleichzeitig kann die EU jedoch durchaus eingreifen, um die Entwicklung des ÖPNV mit Hilfe von Mechanismen wie dem Plan von Jean-Claude Juncker oder der Infrastrukturfazilität „Connecting Europe“ (Connecting Europe Facility, CEF) zur Finanzierung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (Trans-European Transport Network, TEN-T) finanziell zu unterstützen, ohne das Subsidiaritätsprinzip in Frage zu stellen. Die UITP hat sehr hart dafür gekämpft, dass die städtischen Knotenpunkte ins TEN-T einbezogen werden – was uns auch gelungen ist. Sowohl Kommission als auch Parlament haben uns zugehört und unterstützt.

Natürlich fließt der Großteil der CEF-Gelder in das Herzstück des TEN-T, die grenzüberschreitenden Verbindungen. Die Finanzierung dürfte jedoch freigegeben werden, um die Verbindungen zwischen dem europäischen Netz und den Stadtzentren zu fördern. All unsere Gesprächspartner in Kommission und Parlament haben uns bestätigt, dass es Prüfungen zu den städtischen Knotenpunkten im Rahmenwerk des CEF-Budgets für 2014 bis 2020 geben könnte.

Allmählich rückt die städtische Mobilität immer stärker in den Blickpunkt der EU. Nach 2020, wenn ein neues Haushaltsprogramm beginnt, dürfte sich die Gangart ändern, da dann das Wachstum der Stadtgebiete für Wirtschaft und Beschäftigung in Europa wichtiger denn je sein wird.

Offen und zum Austausch bereit

– Erstes Treffen der UITP mit Violeta Bulc, EU-Kommissarin für Verkehr

Vor kurzem kamen UITP-Generalsekretär Alain Flausch, der Präsident des UITP-Komitees „Europäische Union“ Nicolas Blain und Thomas Avanzata, Direktor der EU-Abteilung, in Brüssel mit Violeta Bulc zusammen, der neuen EU-Kommissarin für Verkehr. Frau Bulc schien sich sehr für das Thema städtische Mobilität zu interessieren.

Sie fasste ihre drei Prioritäten wie folgt zusammen: **Digitalisierung**, insbesondere intelligente Verkehrssysteme und Zugang zu der Datenschicht, auf der sie beruhen. Sie führte dies als gute Beispiele dafür an, was der digitale Binnenmarkt bringen könnte. Als weitere Priorität nannte sie **alternative Kraftstoffe und Elektrifizierung**. Zudem hob sie hervor, wie wichtig es sei, **europäische Lösungen in alle Welt zu exportieren** und die vielen europäischen Unternehmen zu fördern, die im Sektor der Verkehrstechnologien und -dienstleistungen führend sind.

Bezüglich des von Jean-Claude Juncker geplanten EFSI untermauerte Kommissarin Bulc, dass es wichtig ist, den ÖPNV darin einzubeziehen. Sie wies darauf hin, dass Verkehrsprojekte eine wichtige Rolle dabei spielen sollten, die Investitionen in der EU zu verstärken. Allerdings räumte sie ein, dass es insbesondere im Hinblick auf die städtischen Knotenpunkte im Rahmenwerk des TEN-T-Netzes gewisse finanzielle Einschränkungen gibt.

Das Treffen bot zudem Gelegenheit, über das vierte Eisenbahnpaket zu sprechen. Frau Bulc stimmte in vielen Punkten mit der UITP überein, beispielsweise dass die Regulierung für den Stadt- und Vorortverkehr nicht geändert werden darf.

Bezüglich der Fahrscheinsysteme erwähnte sie ihre Absicht, einen Regelungsrahmen für den Eintritt von Betreibern auf den Markt zu schaffen. Allerdings betonte sie, dass die Kommission nicht weiter gehen möchte, und verwies auf den Telekommunikationssektor, der als mögliches Modell dienen könnte. Sie stimmte zu, dass man dabei vorzugsweise nach einem Bottom-up-Ansatz vorgehen sollte.

Frau Bulc wird mittels einer Videobotschaft an der Europa-Sitzung unseres Weltkongresses in Mailand teilnehmen.